

Neue Formen liberaler Herrschaft in Europa

Joachim Becker

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich neue Formen liberaler Herrschaft – nicht nur, aber auch in Europa – herausgebildet. Sie sind eine Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise, in die das fordistische Entwicklungsmodell Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre geriet. Damals schien eine Verschiebung des gesellschaftlichen Kompromisses nach links möglich. In dieser Situation ging es den Kräften des Kapitals und den ihnen verbundenen liberalen Intellektuellen einerseits um die Erschließung neuer Felder für die private Akkumulation und andererseits die Durchsetzung einer nach rechts verschobenen Regulation. Beide Ziele ließen sich trefflich über einen Angriff auf den Sozialstaat, der als entmündigend und verstaubt abqualifiziert wird, verbinden. Damit würden einerseits bisher öffentliche Sektoren der privaten Akkumulation geöffnet, andererseits immer weitere Bereiche der individualisierenden Konkurrenz anheimgestellt. Ideologisch wurde der Angriff gegen den Sozialstaat unter Berufung auf Effizienz und Erhöhung der Wahlfreiheit geführt. Mit der Herausbildung eines Wettbewerbsdispositivs haben sich auch die Ideologien der politischen Lager gewandelt. Konkret erfolgte ein lagerübergreifender Siegeszug des Liberalismus. Es haben sich hierbei zwei Liberalismus-Modelle herausgebildet: der Sozial- und der Autoritärliberalismus. Diese beiden Modelle beerbten in Westeuropa (partei-)politisch die Sozialdemokratie und den Konservatismus, sind aber auch durch neue politische Kräfte – die Grünen auf der sozialliberalen, die neue autoritäre Rechte auf der autoritär-liberalen Seite – angereichert worden.

Erben von Sozialdemokratie und Konservatismus

Sozialdemokratie wie Konservatismus verabschiedeten sich von der Bewahrung (bzw. Ausweitung) einer marktfernen Sphäre sozialer Sicherung und Versorgung mit kollektiver Infrastruktur. Für die Sozialdemokratie war diese Sphäre mit dem Gleichheitsideal verbunden, für die Konservativen mit der Schaffung von Schutzmechanismen gegen sozialen Abstieg unter Wahrung von Statusunterschieden. In beiden Fällen waren in die Politik kollektive Vertretungen in der einen oder anderen Form einbezogen. Für die Transformation von parteipolitischer Sozialdemokratie und Konservatismus lassen sich verschiedene Gründe anführen. Seit den 60er Jahren ist es zu sozialen Ausdifferenzierungen innerhalb der sozialen Klassen gekommen, was einheitliche Interessenvertretungen erschwert hat. Mit der Internationalisierung und partiellen Zentralisierung des Kapitals haben ArbeiterInnen-

schaft und Kleinkapital politisch an Kraft eingebüßt. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf bestehende Schutzvorrichtungen bleiben. Mit der Implosion des Staatssozialismus hat sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihres »äußeren« Feindes entledigt, so dass Massnahmen zur Wahrung der inneren Kohäsion und der Erlangung zumindest eines Minimums an Zustimmung an Wichtigkeit verloren. Gleichzeitig bereitete die im Fordismus angelegte Durchkapitalisierung der Gesellschaften des Zentrums einer stärkeren Verbreitung kapitalistischer Konkurrenzideologien, wie Liberalismus und Rassismus, und einer entsprechenden politischen Praxis den Boden. In der Umbruchphase betraten neue parteipolitische Akteure die Bühne, die ihre Wurzeln in der Mittelklasse hatten. Die Grünen thematisierten zunächst ökologische Probleme (aber auch Fragen von Krieg und Frieden, Frauenemanzipation) aus sehr unterschiedlichen Perspektiven von sehr konservativen über liberale bis hin zu linksradikalen Positionen. Die Normalisierung der Grünen Parteien war mit deren liberaler Einfärbung verbunden (Hirsch 2001: 273). Auch die neue Rechte ist eine Kind der Auflösung des Fordismus. Hier treten vor allem rabiat aufstiegsorientierte Gruppen der Mittelklasse auf die Bühne, die sich von noch bestehenden rechtlichen Fesseln bei der individuellen Bereicherung und bestimmten potentiellen (meist ethnisch definierten) Konkurrenten befreien wollen. Die neuen, oft führerorientierten Rechtsparteien sind Protagonisten eines Aufbrechens der institutionellen Nachkriegskompromisse von rechts (Bojadžijev/Demirović 2002: 12 f.). Haben sie diese Rolle erst einmal gespielt, verlieren sie aufgrund ihrer inneren Instabilität oft (aber nicht immer) rasch an Bedeutung.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums waren oft gerade die neuen sozialen Bewegungen (z.B. die StudentInnenbewegung), die sich an den institutionellen Verkrustungen des Fordismus stießen, Vorreiter liberalisierender Tendenzen. Ihr ursprünglich emanzipatorisch ausgerichteter Freiheitsdiskurs ließ sich von dominanten bürgerlichen Kräften in eine bloß sozialstaatskritische Richtung umbiegen. Das Gleichheitspostulat wurde auf die Forderung nach Chancengleichheit reduziert. Forderungen nach mehr »Liberalität« erhielten in den Massenmedien große Resonanz. Das Bekenntnis zu einer »liberalen« Politik, manchmal auch als »moderne« Politik paraphrasiert, wurde zunehmend zur Voraussetzung, als »regierungsfähige« Kraft anerkannt zu werden. Hierüber lief dann auch der Normalisierungsdruck auf die Parteien. Denn für diese geht es zentral um das Siegel der »Regierungsfähigkeit«. Nicht alle sozialen Bewegungen haben sich dem Liberalismuspostulat angeschlossen. Sie unterliegen nicht in dem gleichen Maß wie Parteien dem Normalisierungsdruck. Parteien können sich bei der WählerInnenklientel reorientieren, Interessenvertretungen sind stärker an ihre gesellschaftliche Basis zurückgebunden. So müssen Gewerkschaften beispielsweise doch einen Bezug zu Interessen der Lohnabhängigen behalten, wollen sie sich nicht völlig überflüssig machen. Hierin liegen Grenzen der ideologisch-politischen Neupositionierung, die enger als bei den früheren Arbeiterparteien gezogen sind. Parteien können eher als soziale Interessenorganisationen eine gesellschaftliche Neupositionierung vornehmen. Die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Parteien haben sich in den letzten ein, zwei Jahrzehnten oft auf die (gehobenen) Schichten des Kleinbürgertums neuorientiert. Insofern ist die »neue Mitte«, von der in sozialliberalen Kreisen so oft die Rede ist, eher eine soziale denn eine politische Verortung.

Aktuell werden die Spannungen in den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD – zwischen der liberalen Parteiführung und einer sozialdemokratischen Strömung – sowie zwischen der SPD-Führung und den wichtigsten deutschen Gewerkschaften um die Frage des Abbaus von Arbeitslosenversicherungs- und Kündigungsschutz deutlich.

In Osteuropa beziehen sich die Sozial- und Autoritärliberalismus zwar ideologisch, nicht aber organisatorisch oft auf die Zwischenkriegszeit. So wird in Ungarn beispielsweise die überkommene Spaltung in eine kosmopolitisch-liberale Strömung mit ihrem Zentrum in Budapest und einer national-reaktionären Strömung mit eher kleinstädtischer Basis aktuell reproduziert. Einen direkten Bezug auf die parteipolitische Tradition der Zwischenkriegszeit nimmt aber nur die Kleinlandwirtpartei. In anderen osteuropäischen Ländern ist es ähnlich. Die sozialliberalen Parteien speisen sich oft aus den politischen und ökonomischen Spitzenkadern des Staatssozialismus (Hloušek/Kopčček 2002), deren Kader, vereinzelt aber auch frühere Dissidenten, sind auch auf Seiten des Autoritärliberalismus zu finden. In der Tendenz geben angepaßte Kräfte des Ancien Regime, die im Staatssozialismus keine Perspektive mehr sahen und sich auf eine politisch-ökonomische Transformation reorientierten hatten, auf beiden Seiten des osteuropäischen Liberalismus den Ton an (sh. Staniszki 2001: 120 ff., 190 ff.). Auf sozialliberaler Seite wird oftmals der Einfluss von Direktoren der früheren Staatsbetriebe, die sich mit transnationalem Kapital liierten, erkennbar, während die Nationalliberalen sich stärker um das kleinere Kapital und die Bildung einer »nationalen kapitalbildenden Schicht« (so die Diktion des früheren slowakischen Premiers Vladimir Mečiar) bemühen (sh. Eyal et al. 1998, Andor/Lóránt 2001: 24 f., Benda 2002: 188). Der Förderung des nationalen Kapitals sind allerdings inzwischen durch das bereits erreichte Maß der EU-Integration enge Grenzen gesetzt, diese Option scheint politisch überholt zu sein. Dies dürfte auch den relativen Bedeutungsverlust von Parteien wie der HZDS in der Slowakei oder der ODS in der Tschechischen Republik erklären, welche diese Option besonders konsequent vorangetrieben hatten. Frühere reformsozialistische oder bürgerlich-dissidente Gruppen sind in Osteuropa marginalisiert (Měchýř 1999: 7).

Was sind nun Grundpostulate und soziale Basis von Sozial- und Autoritärliberalismus?

Programmatik und soziale Basis des Sozialliberalismus

Der Sozialliberalismus wird parteipolitisch von der Sozialdemokratie, den Grünen, einem Teil der früheren Kommunistischen Parteien (z. B. DS in Italien) getragen. Er versucht transnationale Teile des (produktiven) Kapitals, v.a. lohnabhängige Gruppen der Mittelklasse und Teile der ArbeiterInnenschaft zu einer Allianz zusammenzuschmieden. Dies geschieht unter Signum der »Wettbewerbsgemeinschaft«. Für jene Gruppen, die dem Wettbewerb nicht gewachsen sind, sind einige Maßnahmen der sozialen Sicherung vorgesehen.

Für Sozialliberale ist internationale Wettbewerbsfähigkeit vereinbar mit der Konzentrierung organisierter Interessen (z.B. von Gewerkschaften). Die Konzentrierung hat makroökonomisch wie mikroökonomisch das Ziel, relevante Gruppen in Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit einzubinden und so-

ziale Konflikte gering zu halten. Ausdruck einer solchen Politik sind makroökonomisch »Bündnisse für Arbeit« oder mikroökonomisch die Belegschaft einbeziehende Managementstrategien. Einbezogen in die Konzertierung sind jedoch im wesentlichen (männliche) Kernbelegschaften im industriellen Bereich.

Sozialliberale suchen auch Chancengleichheit im Wettbewerb unter den Lohnabhängigen herzustellen. In diesem Sinne wird auch die Emanzipation der Frauen im wesentlichen auf die Herstellung von Chancengleichheit im Beruf reduziert und damit in das Wettbewerbsdispositiv eingebunden. Weitergehende Aspekte der Frauenemanzipation werden in der Tendenz abgelenkt (s. die Diskussionsbeiträge von Frigga Haug in Haug/Haug 2002).

Auch Arbeitslose, Kranke, Ältere sollen für den Wettbewerb fit gemacht werden und werden unter verstärktem Druck gesetzt, sich als LohnarbeiterInnen – auch unter sehr schlechten Bedingungen – zu verdingen. Rudimentäre Sozialleistungen sollen vom Staat oder Pflichtversicherungen bereitgestellt werden, weitergehende Leistungen nur über private Versicherung erreicht werden. Argumentiert wird die Privatisierung der sozialen Sicherung mit der Lösung von sozialstaatlicher Bevormundung, mit Effizienz und Wahlfreiheit. Elemente linker Sozialstaatskritik finden sich hier wieder und werden liberal gewendet. Unter Sektoren der Mittelklasse findet diese Argumentation durchaus Anklang. Sie entspricht darüber hinaus den Wünschen des Finanzkapitals, das seinen Aktionsradius ausweiten will.

Ist im Geschlechterverhältnis beim Sozialliberalismus ein, wenn auch sehr deformierter, Bezug zu emanzipatorischen Forderungen erkennbar, so zeigt er sich in der Frage des Umgangs mit MigrantInnen (und deren Enkeln) gespalten. Vor allem Sektoren der Mittelklasse, für die internationalisierte Normen der Lohnbildung gelten und die sich gerne eine billige Haushaltshilfe halten wollen, treten für eine relativ offene Migrationspolitik ein. Parteipolitisch werden ihre Forderungen von Grünen und Teilen der Sozialdemokratie und Ex-KPs vertreten. In der Tendenz sind es Gruppen der ArbeiterInnenschaft und der sie vertretenden Sektoren der Sozialdemokratie, die für eine restriktive Migrationspolitik eintreten. Ideologisch beziehen sie sich auf Vorstellungen einer nationalen Volks- und Solidargemeinschaft.

Die individualisierende Politik des Sozialliberalismus schwächt organisatorische Zusammenhänge subalternen sozialer Gruppen. Der massenmedialen Vermittlung wächst zunehmende Bedeutung zu. Eine Bindung an das dominante Projekt wird vor allem über das Versprechen der freien Konsumwahl hergestellt. Für einen Teil der Bevölkerung erweist sich das Versprechen als illusionär, seine Lebenslage wird immer unsicherer. Wachsende Teile der Werktätigen (öffentlicher Dienst, schwächere Industriesektoren, prekär Beschäftigte) werden vom Sozialliberalismus nicht (mehr) vertreten. Aber auch für Gruppen des Kapitals – speziell des Dienstleistungskapitals und des Kleinkapitals – ist der Sozialliberalismus – allerdings aus anderen Gründen – nicht sehr attraktiv. Sie wollen ihre Konkurrenzfähigkeit über Maßnahmen stärken, die, wie das Lohndrücken, eine Schwächung, wenn nicht Ausschaltung der Gewerkschaften implizieren.

Programmatik und soziale Basis des Autoritärliberalismus

Hier setzt der Autoritärliberalismus an. Er wird von liberal transformierten konservativen Parteien und einer neuen (extremen) Rechten repräsentiert. Während die etablierte, autoritärliberale Rechte über stabile Parteistrukturen und verbandliche Verbindungen verfügt, so ist die neue (extreme) Rechte durch das Prinzip schwach strukturierter Führerparteien gekennzeichnet, die sich stark massenmedial inszenieren. Sie geben sich als Kräfte gegen das Establishment aus (Bojadžijev/Demirović 2002). Speziell greifen sie verfestigte Machtstrukturen der bisherigen Regierungsparteien sowie die Gewerkschaften an. Gewerkschaften und andere potentiell emanzipatorische Gruppen sollen aus der Politikformulierung ausgeschlossen werden. Der scharf anti-gewerkschaftliche Zug findet beim Dienstleistungskapital und beim kleinen Produktivkapital großen Anklang (sh. Bagnasco 1996: 34 ff., Revelli 1996: 8 f.). Dienstleistungsunternehmen haben oft stärker zersplitterte Belegschaften und brauchen daher auch weniger organisierte Vermittlungskanäle. Das Kleinkapital erhofft sich durch Schwächung der Gewerkschaften verbesserte Möglichkeiten, in der Konkurrenz zu bestehen. Zum Teil erleichtern auch autoritäre Entscheidungsstrukturen in den Gewerkschaften deren Diskreditierung. In Osteuropa hat ein Teil der Autoritärliberalen auch dem »nationalen« Kapital Hilfestellung gegen die übermächtige äußere Konkurrenz versprochen.

Die Autoritärliberalen versprechen nicht nur Freiheit von gewerkschaftlicher Betätigung, sondern auch Freiheit von Steuerlasten. Speziell Kleinunternehmen erhoffen sich hiervon eine leichtere Stellung im Konkurrenzkampf, aber auch sonstige KleinbürgerInnen in der höheren Progressionsstufe sind von der Vorstellung der Steuercut entzückt. Der Kampf gegen Gewinn- und Einkommenssteuern stand in einigen Ländern – wie Dänemark – sogar Patc bei der Bildung einer neuen (extremen) Rechten. Inzwischen ist er allgemeines Credo des Autoritärliberalismus geworden. Über fiskalische Beschränkungen läuft auch der Schlag gegen den Sozialstaat.

Schutz vor Konkurrenz verspricht der Autoritärliberalismus inländischen und männlichen Werktätigen. Er fordert, mal offen, mal verdeckter: geschlossene Grenzen für MigrantInnen und Frauen an den Herd und in die Kindererziehung. Hierbei setzt er ideologisch an den Vorstellungen einer homogenen Volksgemeinschaft und einer vorgeblich natürlichen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau an. Diese Versatzstücke konservativ-reaktionären Denkens erhalten allerdings einige Anreicherungen. So wird gegen MigrantInnen weniger auf der Basis von Blut- und Boden-Rassismus denn über einen kulturalistischen Rassismus gehetzt. Bei der Wiederherstellung überkommener Rollen im Geschlechterverhältnis wird die Wahlfreiheit bemüht. So heißt es beim Kinderbetreuungsgeld, die Frau müsse doch die Wahl haben, sich für die Familie zu entscheiden. Damit erhält der konservative Geschlechterdiskurs eine liberale Wendung.

Der Familie (konkret unbezahlter Frauenarbeit) ist im Rahmen autoritärliberaler Politik auch die Rolle des Lückenbüßers in der Sozialpolitik zugedacht. Wo die private Versicherung nicht hinreicht, soll die Familie einspringen.

Das Konkurrenzdenken des Sozialliberalismus ist im Autoritärliberalismus in Richtung auf Elitetheorien, Sozialdarwinismus und dem Denken in soziale Hierarchien radikalisiert. Der Autoritärliberalismus spricht einerseits soziale Aufstiegs-

wünsche an und verspricht andererseits bestimmten Gruppen (inländischen und männlichen Werktätigen) einen gewissen Schutz vor Konkurrenz. Damit ist er explizit exkludierend. Explizite Exklusion bedarf zu ihrer Durchsetzung auch ziemlich explizit repressiver und autoritärer Methoden. Gerade im exkludierend-chauvinistischen Heilsversprechen scheint aber die Attraktivität des Autoritärliberalismus zu liegen. Die Konstruktion und Politisierung von Konfliktlinien (Geschlecht, ethnisch-religiös), die quer zum Klassenkonflikt liegen, erlaubt dem Autoritärliberalismus die Bildung relativ breiter Allianzen über Klassengrenzen hinweg. Den gesellschaftlichen Kern des Autoritärliberalismus bilden bestimmte Kapitalgruppen und das selbständige Kleinbürgertum. Hingegen ist die Anziehung von WählerInnen aus der ArbeiterInnenschaft eher instabil. Seine Attraktion für Frauen ist eher begrenzt. Das scheint allerdings nur dann zu gelten, sofern ein bestimmter Standard der Frauemanzipation bereits erreicht ist. So schnitt die CDU/CSU als Gegnerin der Frauemanzipation bei den letzten Bundestagswahlen bei den Frauen so schlecht ab, dass sie nicht zuletzt deswegen auch die Wahl verloren. Hingegen konnte in der Slowakei bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 2002, die christdemokratische KDH als in Fragen der Frauemanzipation reaktionärste Partei einen Wählerinnenanteil von 60% verbuchen. Abseits von der Berufswelt, wo der Staatssozialismus doch einige Dinge in Bewegung gebracht hat, ist das Frauenbild in der Slowakei noch sehr traditionell (katholisch) geprägt.

Beide Varianten des Liberalismus sind eigentlich kein hegemoniales Projekt, denn sie vermögen das materielle Heilsversprechen für große Gruppen nicht einzulösen (Hirsch 2003). Damit bleibt der Aspekt der repressiven Herrschaftsausübung latent präsent und relevant. Für die Ausübung repressiver Herrschaft ist der Autoritärliberalismus besser gerüstet, während repressive Methoden den Sozialliberalismus in gewisse Legitimationsprobleme bringen. Repressive Elemente der Politik haben bei beiden Varianten des Liberalismus an Bedeutung gewonnen, im Fall des Autoritärliberalismus gehen sie bis zum unmittelbaren Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit. In Italien beispielsweise reicht die Palette von der nachträglichen Legalisierung illegaler privater Bautätigkeit auf Staatsgrund, über die Straffreiheit für Bilanzfälschung bei nichtbörsennotierten Unternehmen bis hin zu Eingriffen in die Organisation der Rechtssprechung (Flores d'Arcais 2002: 12 sowie den Beitrag von Sablowski in diesem Heft).

Liberalismen, zwischenstaatliche Konkurrenz und Krieg

Noch deutlicher tritt das repressive Element in der Politik nach Außen, dem neuen militärischen Interventionismus gegen vermeintliche und reale Feinde der liberalen Gesellschaft, in Erscheinung. Besonders deutlich ist dies im Fall der USA, die aktuell als Führungsmacht des Autoritärliberalismus angesehen werden muss. In den USA ist bereits seit dem 2. Weltkrieg eine sehr ausgeprägte Entwicklung des Rüstungssektors festzustellen. Binnennachfrage wurde in den USA in der Nachkriegszeit weniger als in Westeuropa durch den Ausbau des Sozialstaates und dafür mehr durch Hochrüstungsausgaben gestützt. Auch in der Regierungsperioden Reagan und Bush Sr. und Jr. (vielleicht etwas abgeschwächer in der Regierungszeit Clintons) spielte in einem veränderten Wirtschaftsmodell die Hochrüstung eine herausgehobene Rolle (Waddell 2001). Damit ist eine aggressive

Außenpolitik auch ökonomisch funktional. Sie dient nicht zuletzt der Sicherung zentraler Rohstoffinteressen (vor allem Öl und Gas). Die Kontrolle über zentrale Rohstoffe, so die These von Altvater (2003), soll auch die Rolle des US-Dollar als wichtigstes Weltgeld stabilisieren helfen. Zu den Achillesfersen der US-Ökonomie und der Glaubwürdigkeit ihrer internationalen Reservewährung gehört das hohe Leistungsbilanzdefizit. Es ließe sich durch eine Kontrolle des Irak-Öls und einer so abgesicherten Öl-Niedrigpreispolitik reduzieren (Massarat 2003: 45).

Die US-Politik ist auf globale Dominanz angelegt. Als wichtigsten Stolperstein für ihre globale Vorherrschaft sehen die USA Bestrebungen in (West-)Europa, nach dem Ende des kalten Krieges ein höheres Maß an regionaler Autonomie zu erreichen (Gowan 2002: 14 f.). Auch wenn es zu Beginn der Regierungsära Clinton noch Ansätze von Multilateralismus gab, so war der dominante Zug der US-Außenpolitik im letzten Jahrzehnt ein unilaterales, einseitig den sogenannten »nationalen« Interessen der USA verpflichtetes Vorgehen. Hierbei gehen die USA nicht mehr fixe Bündnisse, sondern flexible Koalitionen gemäß ihrer jeweiligen Interessenlage ein (Joxe 2002: 149). Bezeichnend für das US-Vorgehen und die gegenwärtigen internationalen Konfliktlinien ist die Allianz-Bildung im Krieg gegen den Irak. Die US-Regierung hat sich über internationales Recht hinweggesetzt, die UNO brüskiert, als sie dort keine Mehrheit im Sicherheitsrat erwarten konnte, und gezielt eine Spaltung der EU in der Kriegsfrage betrieben. Den USA haben sich, wie die Eskalation des Irak-Konfliktes zeigte, einerseits Großbritannien mit seinem ausgeprägten internationalen Wirtschaftsverbunden und seinem starken Rüstungssektor sowie autoritär-liberale Regierungen Westeuropas (die Regierungen Dänemarks sowie der eher peripheren Staaten des Mittelmeerraums mit Ausnahme Griechenlands), andererseits die meisten osteuropäischen Periphereregierungen teils aus geopolitischen Erwägungen, teils aus ideologischen Affinitäten, teils um ihre frühere Sowjetorientierung vergessen zu machen, angeschlossen. Eine geopolitische Distanz zeigen in Europa eher, aber nicht ausschließlich, sozialliberale Regierungen. Sie sind durchgängig militärisch weit schwächer als die USA. Sie argumentieren gegen einen aggressiven Unilateralismus, da dieser einer weiteren Destabilisierung in Krisenregionen Vorschub leisten würde. Stattdessen fordern sie ein völkerrechtlich legitimes Vorgehen gegen unliebsame Dritte-Welt-Regierungen – und damit die eigene Mitsprache – ein (sh. Gowan 2002: 24, Ash 2003, Gcist/Štefunko 2003). Militärische Aggression gehört fallweise auch zu ihrem Repertoire. So hat auch die deutsche Bundesregierung seit der Vereinigung über ihre einseitige Anerkennungs- und ihre selektive Interventionspolitik in Jugoslawien ihren Großmachtsanspruch zu zementieren versucht (Hartmann 1998: Kap. 6). Sozial- wie autoritär-liberale Regierungen ummanteln ihre militärischen Interventionen im allgemeinen mit »humanitären« Anliegen (Kampf für Demokratie und Menschenrechte, ...), wie das auch schon in der Phase des klassischen Imperialismus in Fällen kolonialer Expansion der Fall war (sh. Loth 1966: Kap. 1). Die Schaffung von faktischen Protektoraten in Südosteuropa und Afghanistan wie auch die geplante Schaffung eines US-Besatzungsregimes im Irak verweisen auf die Wiederkehr Formen kolonialer Herrschaft in geopolitisch sensiblen Bereichen. Im Irak dürfte diese Herrschaft, sofern sie von den USA tatsächlich realisiert werden kann, auf Formen extremer direkter Gewaltsamkeit beruhen.

Unterschiedliche Akzentuierungen in der äußeren Expansionspolitik lassen sich nicht auf den Gegensatz zwischen Autoritär- und Sozialliberalismus reduzieren. Dieser Gegensatz wird überlagert von Differenzen bei den internationalen politisch-ökonomischen Konkurrenzstrategien der führenden Staaten. Diese sind in den USA und Großbritannien stärker als etwa in der BRD militärisch ausgerichtet. Die Spannung finden ihren Niederschlag auch in inter- bzw. supranationalen Formen der Staatlichkeit, die zentrale Agenturen bei der Durchsetzung eines liberalen Politikmodells waren und sind. Das gilt im Speziellen für die EU. Die EU war in den 90er Jahren eine Hauptprotagonistin bei der Durchsetzung sozialliberaler Politik in Europa. Seit Ende der 90er Jahre hat sich das politische Profil in den Mitgliedstaaten eindeutig in eine autoritär-liberale Richtung verschoben, was auf die Dauer nicht ohne Folgen für die EU-Politik bleiben wird. Hinzu kommen Spannungen zwischen dem Kern um die Achse Paris-Berlin und der Peripherie Süd- und Osteuropas. Am deutlichsten sind diese Spannungsverhältnisse im Hinblick auf die Beitrittsländer Osteuropas. Diese sind ökonomisch abhängig von einzelnen europäischen Kernstaaten. Dem dominanten Block in den osteuropäischen Staaten droht, so Radovan Geist und Ivan Štefunko (2003), politisch wie ökonomisch der Status einer »zweitrangigen Quasielite. Dem zu entgehen bemüht er sich gerade durch seine Orientierung auf die Vereinigten Staaten«. Damit scheint eine permante Spannung in der erweiterten EU – zwischen Zentrum und politisch US-orientierter Peripherie sowie zwischen sozial- und autoritär-liberalen Kräften angelegt. Das könnte zu einer Ausdifferenzierung der europäischen Integration führen. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik scheint mit Regierungen nicht möglich, die sich in den Worten des slowakischen Premierministers Mikuláš Dzurinda »als fester und verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten ... in Europa« (Národná Obroda, 29.3.2003: 1) definieren. Deswegen gibt es Überlegungen einer verstärkten politischen Konzertierung zwischen der BRD, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Dies könnte ein Wiederaufnehmen des Gedankens einer abgestuften europäischen Integration sein. Die EU selbst wäre dann möglicherweise auf ein liberales, im wesentlichen wirtschaftlich definiertes Projekt zurückgestutzt.

Die oppositionellen Kräfte

In einer partiellen Distanz zum Liberalismus stehen einerseits bestimmte konservative Strömungen, andererseits einige politisch-soziale Bewegungen und Linksparteien. In Europa ist die ArbeiterInnenbewegung mit der sozialliberalen Wende der sozialdemokratischen Parteien und dem Niedergang bzw. gelegentlich auch der liberalen Wende der Kommunistischen Parteien ihres parteipolitischen Arms verlustig gegangen (in den USA hat sie ihn nie gehabt). Denn in den letzten Jahrzehnten hat sich der schwierige Spagat Sozialdemokratischer Parteien zwischen Beteiligung am bürgerlichen Staat und Vertretung der Interessen der Werktätigen in der Regel zugunsten einer immer bürgerlicheren (und liberaleren) Politik aufgelöst. Die Gewerkschaften haben bestenfalls noch einen brüchigen Transformationsriemen in die staatliche Politik. Das stellt die Gewerkschaften speziell bei einer sehr engen Symbiose mit der Sozialdemokratischen Partei vor große Umstellungsprobleme. Der Sozialliberalismus ist für emanzipatorische Bewegun-

gen noch ein punktueller Ansprechpartner, aber kein strategischer Allierter mehr. Von autoritär-liberaler Seite haben sie offene Ausgrenzung, ggf. auch Repression zu befürchten. Damit stellen sich für emanzipatorische Bewegungen ziemlich neue Anforderungen, zum Teil auch die Notwendigkeit, sich von allzu engen parteipolitischen Bindungen zu befreien (z.B. zur Sozialdemokratie im Fall der Gewerkschaften, von den Grünen im Fall der Ökologiebewegung). In Osteuropa sind soziale Bewegungen (vielleicht mit Ausnahme Polens) aufgrund der atomisierenden Politik des Staatssozialismus im allgemeinen sehr schwach.

Grundsätzlich wäre es für die sozialen Bewegungen – ganz im Sinne Gramscis – wichtig, auch Partner in der »politischen Gesellschaft«, also im parteipolitisch durchsetzten Kern des Staates, zu haben. Nur einige wenige Linksparteien (wie z.B. die *Rifondazione Comunista* in Italien) lassen eine strategische Neuausrichtung auf eine Verbindung von parlamentarischer Oppositionspolitik (und fallweiser Unterstützung sozialliberaler Regierungen) mit enger Kooperation mit sozialen Bewegungen erkennen. Für sie ist die fallweise Allianz (beispielsweise bei Wahlen bei Mehrheitswahlrecht) mit sozialliberalen Kräften ein immer wieder auftauchendes Dilemma, das sie nur im jeweiligen spezifischen Kontext auflösen können. In Westeuropa tritt die parteipolitische Linke in ihrer Stärke eher hinter die politisch-sozialen Bewegungen zurück, während in einigen Staaten der Dritten Welt (z.B. Brasilien) beiden Komponenten eine hohe Bedeutung zukommt.

Die oppositionellen Kräfte werden auch dadurch geschwächt, dass strategische politische Entscheidungen zunehmend auf die makroregionale oder globale Ebene verlagert worden sind. Auf dieser räumlichen Ebene sind die Kräfte der Linken, trotz neuer Ansätze globaler und internationaler Zusammenarbeit (sh. Aguiton 2002), gegenüber den liberalen Kräften noch stärker im Hintertreffen als auch der nationalen Ebene. Am ehesten sind sie auf globaler Ebene noch zur Negation bestimmter Politikmuster fähig. Besonders deutlich ist das an den jüngsten Protesten gegen den Irak-Krieg von Montevideo bis Wladiwostok und von New York bis Jakarta geworden. Auch die Macht der Negation ist in bestimmten politischen Konjunkturen nicht zu unterschätzen.

Literatur

- Aguiton, Ch. (2002): Was bewegt die Kritiker der Globalisierung? Von Attac zu Via Campesina. Köln
- Altvater, E. (2003): Die Währung des schwarzen Goldes. In: Freitag, 14.2., S. 3
- Andor, I./Lóránt, K. (2001): Enklaven für das Auslandskapital. In: Ost-West-Gegeninformationen, Nr. 4, S. 23–27
- Ash, T.G. (2003): Anticuropeizmus v Amerike. In: Slovo, 26.2., S. 14 f.
- Bagnasco, A. (1996): L'Italia in tempi di cambiamento. Bologna
- Benda, L. (2002): Maďarska socialistická strana. In: Hloušek, V./Kopeček, L. (Hg.): Rudí a růžoví. Transformace komunistických stran. Brno, S. 163–201
- Bojadžijev, M./Demirović, A. (2002): Vorwort. In: Demirović, A./Bojadžijev, M. (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster, S. 7–27
- Eyal, G. et al. (1998): Making Capitalism Without Capitalists. The New Ruling Elites in Eastern Europe. London/New York
- Flores d'Arcais, P. (2002): La rivoluzione liberale. In: MicroMega, Nr. 1, S. 7–24
- Geist, R./Štefunko, I. (2003): Nevera. In: Slovo, 26.2., S. 9

- Gowan, P. (2002): The American Campaign for Global Sovereignty. In: Panitch, L./Leys, C. (Hg.): *Socialist Register 2003. Fighting Identities: Race, Religion and Ethno-Nationalism*. London u.a.O., S. 1–27
- Hartmann, R. (1998): »Die ehrlichen Makler«. Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien. Berlin
- Haug, W.F./Haug, F. (Hg., 2002): *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*. Berlin
- Hirsch, J. (2001): Wo bleibt das Subjekt für einen radikalen Reformismus? In: Bieling, H.-J. et al. (Hg.): *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik, politische Praxis*. Hamburg, S. 270–280
- Hirsch, J. (2003): Joachim Hirsch y una visión geopolítica. El capitalismo es muy débil (Interview von V. Gago und D. Sztulwark). In: *Brecha*, 3.1. (www.brecha.com.uy)
- Hloušek, V./Kropeček, L. (Hg., 2002): *Rudí a růžoví. Transformace komunistických stran*. Brno
- Joxe, A. (2002): *L'empire du chaos. Les Républiques face à la domination américaine dans l'après-guerre froide*. Paris
- Loth, H. (1966): *Kolonialismus und »Humanitätsintervention«*. Berlin
- Massarrat, M. (2003): *Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl*. Hamburg
- Měchýř, J. (1999): *Velký převrat či snad revoluce samotová?* Prag
- Revelli, M. (1996): *Le duc destre*. Torino
- Staniszki, J. (2001): *Postkomunizm. Próba opisu*. Gdańsk
- Waddell, B. (2001): Limiting National Interventionism in the United States: The Welfare-Warfare State as Restrictive Governance Paradigm. In: *Capital & Class*, Nr. 74, S. 109–139

Tageszeitung

Národná Obroda (Bratislava)